

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	25
Thema und Verlauf der Arbeit	28
1. Teil Die Rechtslage in Deutschland	35
<i>Kapitel 1 Einführung in die rechtliche Problematik</i>	35
A. Das Anti-Strauß-Plaketten-Urteil.....	35
B. Das Kopftuch-Urteil.....	37
C. Der Konflikt.....	38
<i>Kapitel 2 Religiöse und politische Symbole</i>	43
A. Der Begriff „Symbol“ und seine Funktionsweise.....	43
B. Die Deutung eines Symbols im juristischen Kontext.....	44
C. Eine Betrachtung ausgewählter Symbole.....	46
I. Die Anti-Strauß-Plakette	47
II. Das islamische Kopftuch.....	48
1. Der „Kopftuchstreit“	49
a) Die Kopftuchentscheidung des BVerfG.....	50
b) Die Reaktionen auf die Rechtsprechung des BVerfG.....	50
2. Exkurs: Die Besonderheiten des Islam und der islamischen Glaubensgemeinschaft.....	55
a) Die islamischen Glaubensquellen	56
b) Die „Shari'a“	58
c) Das Fehlen einer höchsten Lehrautorität.....	60
d) Der politische Islam	61
3. Die eigentliche Problematik: Das islamische Kopftuch als sinnvarii- erendes Symbol.....	62
a) Eine objektive Betrachtung des islamischen Kopftuchs unter Berücksichtigung seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung außerhalb und innerhalb der islamischen Glaubensgemeinschaft	63
b) Die Deutungsmöglichkeiten des islamischen Kopftuchs.....	66
c) Die Ermittlung der Bedeutung des islamischen Kopftuchs.....	68
D. Ergebnis zu Kapitel 2	71
<i>Kapitel 3 Der grundrechtliche Schutz für die Verwendung politischer und religiöser Symbole</i>	73
A. Der grundrechtliche Schutz eines politischen Symbols	73
I. Die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 Abs. 1 GG.....	74
1. Meinung i. S. d. Art. 5 Abs. 1 GG.....	74
2. Der Begriff „politisch“	75
3. Das Äußern und Verbreiten der Meinung	77
4. Die Mittel der Meinungsäußerung.....	78
5. Die negative Meinungsfreiheit	79

6.	Die Schranken der Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 Abs. 2 GG.....	81
a)	Allgemeine Gesetze i. S. d. Art. 5 Abs. 2 GG.....	81
aa)	Die Bestimmung der „ <i>allgemeinen Gesetze</i> “	82
bb)	Die Reichweite der allgemeinen Gesetze	83
b)	Allgemeine Gesetze für politische Symbole im Betrieb	84
aa)	§ 74 Abs. 2 BetrVG	85
bb)	§ 45 S. 1 BetrVG	86
cc)	Tarifvertragliche Regelungen als allgemeine Gesetze	88
dd)	Regelungen in Betriebsvereinbarungen als allgemeine Gesetze.....	90
ee)	Die „ <i>Grundregeln des Arbeitsverhältnisses</i> “ als allgemeine Gesetze.....	92
(1)	Die Rechtsprechung des BAG	92
(2)	Die Kritik der Literatur.....	93
(a)	Dogmatische Herleitung der „ <i>Grundregeln des Arbeitsverhältnisses</i> “	93
(b)	Verstoß gegen die Wechselwirkungslehre.....	95
c)	Die verfassungsimmanenten Schranken von Art. 5 Abs. 1 GG	96
II.	Das allgemeine Persönlichkeitsrecht gemäß Art. 2 Abs. 1	
i.	V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	98
III.	Die allgemeine Handlungsfreiheit gemäß Art. 2 Abs. 1 GG.....	100
IV.	Das Gleichbehandlungsgebot gemäß Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG.....	100
1.	Das Merkmal „ <i>politische Anschauung</i> “	101
2.	Der Begründungszusammenhang	102
3.	Die Feststellung einer Ungleichbehandlung.....	103
4.	Die Schranken des Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG	104
5.	Die Politplakette als durch Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG geschützte politische Anschauung	104
V.	Ergebnis	105
B.	Der grundrechtliche Schutz für die Verwendung eines religiösen Symbols.....	106
I.	Die Glaubensfreiheit gemäß Art. 4 GG	106
1.	Die Struktur und Systematik von Art. 4 GG	107
a)	Einheitliches und umfassendes Grundrecht der Glaubensfreiheit.....	107
b)	Die Kritik der Literatur	109
c)	Stellungnahme	110
2.	Die Garantien der Glaubensfreiheit.....	112
a)	Das „ <i>forum internum</i> “	112
b)	Das „ <i>forum externum</i> “.....	113
c)	Die negative Glaubensfreiheit	114
3.	Die weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staats.....	116
4.	Das Problem der Determinierung des Schutzbereichs	118
a)	Die subjektivierende Betrachtungsweise.....	119
b)	Die objektivierende Betrachtungsweise	123
aa)	Die Begrenzung auf christliche Formen der Religionsausübung	124
bb)	Die Begrenzung auf die zur Zeit der Entstehung des Grundgesetzes in Deutschland üblichen Formen der Religionsausübung	125
cc)	Die Kulturadäquanzformel des BVerfG.....	126
dd)	Die Begrenzung auf imperative Glaubenssätze.....	127
ee)	Die Begrenzung durch Grundgesetzkonformität.....	129
ff)	Die Ausgrenzung wirtschaftlicher und politischer Betätigungen.....	130

c) Stellungnahme	132
5. Das islamische Kopftuch als durch Art. 4 GG geschütztes religiöses Symbol.....	135
6. Die Schranken der Glaubensfreiheit.....	138
a) Schrankenleihe	139
b) Art. 136 WRV als Schranke von Art. 4 GG.....	140
c) Verfassungsimmanente Schranken.....	143
II. Die Gewissensfreiheit gemäß Art. 4 Abs. 1 GG	145
1. Der Schutz der Gewissensentscheidung	145
2. Die Abgrenzung zwischen Glaubens- und Gewissenskonflikten.....	146
3. Die Verwendung des islamischen Kopftuchs als durch Art. 4 Abs. 1 GG geschützte Gewissensentscheidung?	148
III. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht gemäß Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	149
IV. Das allgemeine Handlungsrecht gemäß Art. 2 Abs. 1 GG.....	150
V. Die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 Abs. 1 GG.....	150
VI. Das Gleichbehandlungsgebot gemäß Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG.....	152
1. Das Merkmal „ <i>Glaube und religiöse Anschauung</i> “	152
2. Die Ungleichbehandlung wegen des Glaubens und der religiösen Anschauung	152
VII. Ergebnis	155
C. Ergebnis zu Kapitel 3	155
<i>Kapitel 4 Der Grundrechtsschutz im Arbeitsrecht</i>	159
A. Die Geltung der Grundrechte im Privatrecht	160
I. Das „ <i>Ob</i> “ einer Drittwirkung der Grundrechte.....	160
II. Das „ <i>Wie</i> “ einer Drittwirkung der Grundrechte.....	161
1. Die Lehre von der unmittelbaren und mittelbaren Drittwirkung.....	161
2. Die Schutzgebotsfunktion der Grundrechte	164
B. Keine Grundrechtswirkung speziell für das Arbeitsrecht	167
I. Die Annahme einer unmittelbaren Drittwirkung.....	168
II. Die Schutzpflichtenlehre im Arbeitsrecht	170
1. Verfassungskonforme Auslegung des einfachen Rechts.....	172
2. Die Interessensabwägung	173
C. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Lösung der arbeitsrechtlichen Konfliktlagen	174
I. Bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses.....	174
1. Konflikte bei der Auswahl eines Arbeitnehmers.....	175
a) Das Fragerecht des Arbeitgebers.....	176
b) Die Auswahl- und Einstellungsentscheidung des Arbeitgebers.....	180
aa) Gesetzliche Beschränkungen der Auswahl- und Einstellungsentscheidung.....	180
bb) Kein allgemeines Diskriminierungsverbot außerhalb der gesetzlichen Bestimmungen	181
cc) Keine Gleichbehandlungspflicht aufgrund staatlicher Schutz- pflichten aus Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG.....	182
dd) Keine Gleichbehandlungspflicht bei der Einstellung aufgrund staatlicher Schutzpflichten aus Art. 4 und Art. 5 GG.....	185

2. Die inhaltliche Gestaltung eines Arbeitsvertrags	187
a) Der Grundrechtsverzicht	188
b) Privatrechtliche Verfügungen über Grundrechte und staatliche Schutzpflicht	189
c) Allgemeine Schranken der inhaltlichen Gestaltungsfreiheit	191
aa) § 134 BGB	192
bb) § 138 BGB	193
d) Inhaltskontrolle von Arbeitsverträgen	194
aa) Allgemeine Arbeitsbedingungen	194
bb) Individualvereinbarungen	197
II. Bei der Durchführung des Arbeitsverhältnisses	199
1. §§ 241 Abs. 2, 242 BGB	200
2. § 315 BGB bzw. § 106 GewO	201
III. Konflikte bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	202
1. Ordentliche Kündigung des Arbeitgebers gemäß § 1 KSchG	204
a) Die personenbedingten Gründe	206
b) Die verhaltensbedingten Gründe	207
2. Außerhalb des Kündigungsschutzrechts	208
a) § 138 BGB	208
b) § 612a BGB	210
c) § 242 BGB	210
3. Außerordentliche Kündigung des Arbeitgebers gemäß § 626 Abs. 1 BGB	211
D. Ergebnis zu Kapitel 4	212
<i>Kapitel 5 Rückwirkung auf das Arbeitsrecht</i>	<i>215</i>
A. Die Nebenpflichten aus dem Arbeitsverhältnis	215
I. Die Begründung einer selbständigen Treuepflicht des Arbeitnehmers aus dem Arbeitsverhältnis	216
1. Die Lehre vom personenrechtlichen Gemeinschaftsverhältnis	218
2. Die Kritik an der Gemeinschaftslehre	219
II. Die allgemeinen schuldrechtlichen Grundsätze zur Bestimmung der Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis	221
1. Die Anerkennung des Arbeitsverhältnisses als Dauerschuldverhältnis mit personalem Charakter und die Treuepflicht des Arbeitnehmers	223
2. Rückbesinnung auf die schuldrechtliche Ausgangslage	224
III. Umfang und Zuordnung der Nebenpflichten gemäß §§ 242, 241 Abs. 2 BGB	226
1. Die Pflicht zur Wahrung des Betriebsfriedens als arbeitsvertragliche Nebenpflicht	228
a) Die Rechtsprechung des BAG	228
b) Die Kritik der Literatur	229
aa) Der Betriebsfriedensbegriff	229
bb) Die Begründung einer Betriebsfriedensstörung	231
cc) Dogmatische und methodische Mängel	232
c) Ergebnis	234
2. Die Rücksichtnahme- und Interessenswahrungspflicht des Arbeitnehmers	235
a) Die Pflicht, Störungen des Betriebsablaufs zu unterlassen	236

b) Die Pflicht, Störungen der betrieblichen Ordnung zu unterlassen	238
c) Die Pflicht, Störungen im Unternehmensbereich zu unterlassen	240
aa) Die Berücksichtigung von Kundenreaktionen	241
bb) Die Grundsätze der Drückkündigung	244
d) Die Umstände des Einzelfalls unter Berücksichtigung der Verkehrsanschauung	245
B. Das arbeitgeberische Direktionsrechts	247
I. Gegenstand und Rechtsgrundlage des Weisungsrechts des Arbeitgebers	248
II. Reichweite des arbeitgeberischen Direktionsrechts	250
1. Die Billigkeitskontrolle	251
2. Die Kopftuchentscheidung des BAG	253
3. Die Abwägungskriterien des BAG in Fällen eines Gewissenskonflikts	255
a) Die Wiederholungswahrscheinlichkeit	257
b) Die Vorhersehbarkeit	257
c) Die aktuellen betrieblichen Erfordernisse und die Möglichkeit der Zuweisung einer gewissensschonenden Alternativbeschäftigung	260
4. Stellungnahme	261
C. Inhaltskontrolle von Arbeitsverträgen	263
I. Individualvereinbarung	263
II. Allgemeine Arbeitsbedingungen	266
D. Besonderheiten für Kollektivvereinbarungen	267
I. Mitbestimmungspflichtige Regelungen gemäß § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG	269
II. Die Grundrechtsbindung der Betriebspartner	272
III. § 75 BetrVG als Schranke der Betriebsautonomie	273
1. Das Überwachungsgebot in § 75 Abs. 1 BetrVG	273
a) Die Grundsätze von Recht und Billigkeit	274
b) Das Diskriminierungsverbot	274
2. Die Schutz- und Förderungspflicht in § 75 Abs. 2 BetrVG	276
E. Die Kündigung	277
I. Verhaltens- oder personenbedingte Kündigung gemäß § 1 KSchG	278
II. Sittenwidrige und treuwidrige Kündigung gemäß §§ 138, 242 BGB	280
III. Die außerordentliche Kündigung gemäß § 626 BGB	281
F. Ergebnis zu Kapitel 5	282
<i>Kapitel 6 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz</i>	<i>287</i>
A. Die Entstehungsgeschichte des AGG	288
I. Der europäische Hintergrund	288
II. Die Umsetzung in nationales Recht	289
B. Ein Überblick über Inhalt und Aufbau des Gesetzes	291
C. Die Reichweite des neuen Diskriminierungsrechts	293
I. Kein allgemeines Gleichbehandlungsgebot	293
II. Die Begriffe „Diskriminierung“ und „Benachteiligung“	296
III. Keine Benachteiligung durch unbillige Gleichbehandlung	297
1. Die materielle Diskriminierung	298
2. Die Abgrenzung zur unmittelbaren und mittelbaren Benachteiligung	299
3. Keine Ausweitung des AGG auf materielle Diskriminierungen	302
D. Die Voraussetzungen und Rechtsfolgen von Benachteiligungen i. S. d. AGG	304
I. Die Benachteiligungsmerkmale	305

1. Das Merkmal „ <i>Religion</i> “	305
2. Das Merkmal „ <i>Weltanschauung</i> “ – nicht „ <i>politische Anschauung</i> “	307
II. Die Benachteiligungstatbestände.....	310
1. Die unmittelbare Benachteiligung.....	310
a) Eine weniger günstige Behandlung	310
b) Die Feststellung einer unmittelbaren Benachteiligung	311
c) Der Zeitpunkt der Benachteiligung	312
d) Begründungszusammenhang.....	312
aa) Die verdeckte Benachteiligung.....	313
bb) Die Benachteiligung von Teilgruppen	314
e) Keine Benachteiligungsabsicht	316
2. Die mittelbare Benachteiligung	317
a) Dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren.....	317
b) Die Feststellung ungleicher Auswirkungen	319
c) Der sachliche Grund	321
III. Die Rechtfertigung einer Benachteiligung	323
1. Die Rechtfertigungsgründe des AGG.....	323
2. Die allgemeine Ausnahmerebestimmung in § 8 Abs. 1 AGG.....	325
3. Kundenerwartungen bzw. Marktausrichtung des Unternehmens als Rechtfertigungsgrund i. S. d. § 8 Abs. 1 GG oder nur sachlicher Grund i. S. d. § 3 Abs. 2 AGG?	328
IV. Die Rechtsfolgen bei Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot.....	331
1. Die Schadenersatz- und Entschädigungsansprüche.....	331
2. Die übrigen Rechte des Betroffenen.....	334
E. Die arbeitsrechtlichen Konfliktsituationen und ihre Lösung nach dem AGG	335
I. Bei der Begründung eines Arbeitsverhältnisses.....	335
1. Die Stellenausschreibung	336
2. Das Fragerecht des Arbeitgebers.....	337
3. Die Auswahl- und Einstellungsentscheidung des Arbeitgebers	338
4. Die inhaltliche Gestaltung des Arbeitsvertrags	340
II. Bei der Durchführung des Arbeitsverhältnisses.....	341
III. Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses	342
1. Die Bereichsausnahme gemäß § 2 Abs. 4 AGG.....	343
2. Die unterschiedlichen Ansätze von Kündigungsrecht und AGG	344
3. Die europarechtliche Problematik	344
4. Die richtlinienkonforme Auslegung von § 2 Abs. 4 AGG.....	346
5. Stellungnahme	346
G. Ergebnis zu Kapitel 6	350

Resümee zum 1. Teil.....	355
---------------------------------	------------

2. Teil Die Rechtslage in der Türkei	361
---	------------

<i>Kapitel 1 Einführung in die verfassungsrechtliche Problematik.....</i>	<i>361</i>
A. Ein Überblick über die Verfassungsgeschichte.....	361
I. Die verfassungsrechtliche Entwicklung zur Zeit des osmanischen Reichs.....	362
II. Die Verfassung von 1921	364
III. Die Verfassung von 1924	365

IV. Die Verfassung von 1961	368
V. Die Entstehung der Verfassung von 1982	369
B. Die Grundlagen und der ideologische Gehalt der türkischen Verfassung	370
I. Die Struktur der Verfassung	371
II. Die Verfassungsreformen	372
III. Die Grundprinzipien der Verfassung	376
1. Die Präambel	377
2. Die Grundlagenvorschrift von Art. 2 TV	379
3. Der Kemalismus als Staatsideologie, <i>Kemalizim</i>	380
a) Revolutionärer Reformismus, <i>inkılâpçılık</i>	381
b) Etatismus, <i>devletçilik</i>	382
c) Republikanismus, <i>cumhuriyetçilik</i>	383
d) Populismus, <i>halkçılık</i>	384
e) Nationalismus, <i>milliyetçilik</i>	385
aa) Der Vorrang der Staatlichkeit	386
bb) Die unteilbare Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk	387
cc) Die nationale Kultur und Sprache	389
f) Laizismus, <i>laiklik</i>	389
aa) Begriffsbestimmung und Entwicklung des Laizismusprinzips	390
(1) Das kemalistische Konzept des Laizismusprinzips	392
(2) Der Wandel im Verständnis	393
(3) Das Präsidium für Religionsangelegenheiten	394
bb) Das Laizismusprinzip auf Verfassungsebene	396
cc) Das Laizismusprinzip auf einfacher Gesetzesebene	398
C. Die Grundrechtsordnung der türkischen Verfassung	399
I. Die Sozialbindung der Grundrechte gemäß Art. 12 TV	401
II. Die Schrankensystematik der Türkischen Verfassung	402
1. Die Beschränkung der Grundrechte und -freiheiten gemäß Art. 13 TV	403
2. Das Missbrauchsverbot gemäß Art. 14 TV	405
3. Die Aussetzung der Grundrechte und -freiheiten gemäß Art. 15 TV	406
III. Die Freiheitsrechte der türkischen Verfassung	407
IV. Der Gleichheitssatz in Art. 10 TV	408
V. Die sozialen und wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der türkischen Verfassung	410
1. Die Vertragsfreiheit gemäß Art. 48 Abs. 1 S. 1 TV	410
2. Die Freiheit zur Arbeit gemäß Art. 48 Abs. 1 S. 1 TV	412
3. Das Recht und die Pflicht zur Arbeit gemäß Art. 49 TV	413
a) Kein einklagbarer Beschaffungsanspruch	414
b) Das Recht auf Arbeit als Bestandsschutzgarantie	415
D. Ergebnis zu Kapitel 1	418
 Kapitel 2 Die Gewährleistung der Meinungs- und Religionsfreiheit in der türkischen Verfassung	419
A. Die Meinungs- und Meinungsäußerungsfreiheit gemäß Art. 25 TV und Art. 26 TV	419
I. Die systematische Trennung von Meinungsfreiheit und Meinungsäußer- ungsfreiheit	419
II. Die Meinungs- und Überzeugungsfreiheit gemäß Art. 25 TV	422

III. Die Freiheit der Äußerung und Verbreitung der Meinung gemäß	
Art. 26 TV	423
1. Meinung i. S. d. Art. 26 TV	424
2. Das Äußern und Verbreiten der Meinung i. S. d. Art. 26 TV	425
3. Die Mittel der Meinungsäußerung	426
4. Die Schranken der Meinungsäußerungsfreiheit	427
a) Die Präambel	428
b) Das Missbrauchsverbot von Art. 14 TV	429
c) Art. 24 Abs. 5 TV	429
d) Das Sprachenverbot	430
e) Art. 26 Abs. 2 TV	430
f) Art. 26 Abs. 4 TV	432
IV. Ergebnis	432
B. Die Religions- und Gewissensfreiheit gemäß Art. 24 TV	434
I. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit gemäß Art. 24 Abs. 1 TV	435
II. Die Religionsausübungsfreiheit gemäß Art. 24 Abs. 2 TV	438
III. Die Bekenntnisfreiheit gemäß Art. 24 Abs. 3 TV	438
IV. Die Schranken der Religions- und Gewissensfreiheit	440
V. Das islamische Kopftuch in der Türkei	444
1. Die politische und rechtliche Auseinandersetzung	446
2. Das Kopftuchurteil des Türkischen Verfassungsgerichts	451
a) Die Entscheidungsgründe des TVerfG	451
aa) Die Grundsätze der Präambel	451
bb) Die Wesensmerkmale der Republik gemäß Art. 2 TV	453
cc) Der Gleichheitssatz gemäß Art. 10 TV	453
dd) Die Religions- und Gewissensfreiheit gemäß Art. 24 TV	454
ee) Der Schutz der Reformgesetze gemäß Art. 174 TV	455
b) Ergebnis	456
3. Das Kopftuch-Urteil des EGMR	457
VI. Ergebnis	460
C. Ergebnis zu Kapitel 2	462
<i>Kapitel 3 Die Horizontalwirkung der Grundrechte</i>	465
A. Die Geltung der Grundrechte im Privatrecht gemäß Art. 11 Abs. 1 TV	465
I. Die Annahme einer mittelbaren Drittwirkung der Grundrechte	467
II. Die neuere Entwicklung: Annahme einer Schutzgebotsfunktion der Grundrechte	470
B. Keine besondere Grundrechtswirkung im Arbeitsrecht	472
I. Die Annahme einer unmittelbaren Drittwirkung im Arbeitsverhältnis	473
1. Die besondere Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers	474
2. Die Beschränkung der unmittelbaren Drittwirkung auf die sozialen Grundrechte	476
II. Die Schutzgebotsfunktion der Grundrechte im Arbeitsrecht	478
C. Ergebnis zu Kapitel 3	481
<i>Kapitel 4 Die arbeitsrechtliche Problematik</i>	483
A. Einführung in das türkische Arbeitsrecht	483
I. Die arbeitsrechtliche Entwicklung in der Türkei	484

II. Aufbau und Systematik des türkischen Arbeitsgesetzes	486
B. Der Schutz politischer und religiöser Symbole im Arbeitsrecht	488
I. Bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses	489
1. Das Fragerecht des Arbeitgebers	490
a) Die Generalklausel in Art. 2 ZGB	492
b) Art. 2 Abs. 1 ZGB als Schranke	493
2. Die Auswahl- und Einstellungsentscheidung des Arbeitgebers	494
a) Gesetzliche Beschränkungen der Auswahl- und Einstellungsentscheidung des Arbeitgebers	494
b) Keine allgemeine Gleichbehandlungspflicht des Arbeitgebers	495
3. Die inhaltlich Gestaltung des Arbeitsvertrags	497
a) Art. 19 OBG und Art. 20 OGB als allgemeine Schranken der Privatautonomie	498
c) Die Inhaltkontrolle gemäß Art. 2 ZGB	500
II. Bei der Durchführung des Arbeitsverhältnisses	502
1. Die Treuepflicht des Arbeitnehmers	502
a) Die Herleitung der Treuepflicht als Nebenpflicht aus dem Arbeitsverhältnis gemäß Art. 2 ZGB	503
b) Der Umfang und der Inhalt der Treuepflicht	504
2. Das Weisungsrecht des Arbeitnehmers und die Gehorsamspflicht des Arbeitnehmers	508
a) Die allgemeinen Schranken des Weisungsrechts	509
b) Das Diskriminierungsverbot gemäß Art. 5 Abs. 1 ArbGB	511
3. Die Betriebsanweisungen und Tarifverträge	512
III. Bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	513
1. Das bisherige Kündigungsrecht	513
2. Das Kündigungsrecht des ArbGB Nr. 4857	516
a) Die ordentliche Kündigung	517
aa) Die Missbrauchskontrolle	519
bb) Der besondere Kündigungsschutz	520
(1) Die personenbedingte Kündigung	522
(2) Die verhaltensbedingte Kündigung	523
(3) Rechtsfolgen einer unwirksamen Kündigung	524
b) Die außerordentliche Kündigung	525
C. Ergebnis zu Kapitel 4	527
 Resümee zum 2. Teil	 531
 3. Teil: Der Vergleich zwischen deutschem und türkischem Recht	 537
Fazit	547
 Literaturverzeichnis	 549